Protokoll über die Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsdatum: Dienstag, den 19.11.2019
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:58 Uhr
Ort, Raum: Großer Sitzungssaal im Rathaus der Stadt Alfeld (Leine),
Marktplatz 1, 31061 Alfeld (Leine)

Anwesend:

Vorsitzende

Ratsfrau Ute Bertram

stellvertretener Vorsitzender

Ratsherr Reginald Klossek

Mitglied

Ratsherr Marco Gravili

Ratsfrau Kerstin Funk-Pernitzsch

Ratsherr Stephan Schaper

Vertreter

Ratsherr Ralf Ahrens

Ratsherr Reinmund Piepho

von der Verwaltung

Bürgermeister Bernd Beushausen

Herr Guido Sievers

Herr Mario Stellmacher

Herr Uwe Mönkemeyer

Herr Marcel Runge

Protokollführerin

Frau Susanne Meyer

Abwesend:

Beigeordneter

Beigeordneter Wolfgang Wiek, entschuldigt

Mitglied

Ratsherr Peter Winkelmann, entschuldigt

Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses sowie der Tagesordnung**

Frau Bertram eröffnet die Sitzung des Finanzausschusses und begrüßt die Anwesenden.

Anschließend stellt sie die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses fest.

Herr Sievers weist zunächst auf die mit Schreiben vom 15.11.2019 nachgereichte Beschlussvorlage Nr. 288/XVIII/1 vom 15.11.2019 hin. Sie bezieht sich auf Tagesordnungspunkt 7 der öffentlichen Sitzung, dem Haushalt 2020 samt Veränderungen im Ergebnishaushalt, Stand: 15.11.2019. Diese Liste enthält die Veränderungen, die sich seit Einbringung des Haushaltsplamentwurfes durch die Beratungen in den Fachausschüssen und durch sonstige Aktualisierungen ergeben haben. Sie ist zur heutigen Sitzung nochmals aktualisiert und zu Beginn der Sitzung verteilt worden, mit Stand: 19.11.2019. Mit Schreiben vom 12.11.2019 sind darüber hinaus die Gebührenbedarfsberechnungen verschickt worden.

Frau Bertram verweist auf die seitens der Gruppe CDU/FDP heute übermittelten Anträge.

Dazu wird einvernehmlich erklärt, diese unter Tagesordnungspunkt 7, dem Haushalt 2020, zu beraten.

Die Tagesordnung wird festgestellt.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Finanzausschusses am 29.10.2019

Die Genehmigung des Protokolls wird zurückgestellt, da es noch nicht vorliegt.

3. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2019

Vorlage: 302/XVIII

Herr Sievers erläutert kurz die Vorlage.

Der Ausschuss nimmt die Über- und außerplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2019 zur Kenntnis.

4. Neufassung der Straßenreinigungsgebührensatzung

Vorlage: 303/XVIII

Herr M. Runge stellt hierzu ausführlich die Gebührenbedarfsberechnungen für die Einrichtungen Abwasserbeseitigung sowie Straßenreinigung/Winterdienst sowie für das Friedhofs- und Bestattungswesen anhand einer Powerpoint- Präsentation vor.

Bei der (maschinellen) Straßenreinigung ergab die Nachkalkulation des Jahres 2018 eine Überdeckung in Höhe von 8.039,77 €. Die Verwaltung schlägt insoweit eine Aufteilung der Überdeckung zu jeweils 33,33 % auf die Jahre 2020 – 2022 vor. Für das Jahr 2020 wäre dies eine anteilige Senkung der zu deckenden Kosten i.H.v. 2.679,92 €.

Bezüglich des Winterdienstes ergab die Nachkalkulation des Jahres 2018 eine Überdeckung i.H.v. 12.316,40 €. Auch hier schlägt die Verwaltung eine Aufteilung der Überdeckung zu jeweils 33,33 % auf die Jahre 2020 – 2022 vor. Für das Jahr 2020 wäre dies eine anteilige Senkung der zu deckenden Kosten in Höhe von 4.105,47 €.

Herr Runge erläutert sodann unter Bezugnahme auf die Vorlage ausführlich die Notwendigkeit der Neufassung der Straßenreinigungsgebührensatzung. Der Verwaltungsausschuss war bereits in seiner Sitzung am 20.08.2019 einstimmig der Empfehlung der Verwaltung für den Quadratwurzelmaßstab als zukünftig geltenden Maßstab gefolgt.

Zusammenfassen erklärt Herr Runge, dass aufgrund der genannten Kalkulationen von der Verwaltung folgende Gebührensätze vorgeschlagen werden:

Maschinelle Straßenreinigung	0,75 €/m
Winterdienst	0,74 €/m

Für die ab dem 01.01.2020 neu einzuführende **manuelle** Straßenreinigung wird von der Verwaltung ein Gebührensatz pro Berechnungseinheit in m von 13,59 € vorgeschlagen.

Die vorgeschlagenen Gebührensätze für 2020 berücksichtigen die Quadratwurzel aus der Grundstücksfläche als den neuen Gebührenmaßstab. Eine Vergleichbarkeit mit den Vorjahren ist somit nicht mehr gegeben, auch wenn sich die Gebührenhöhe zufällig in ähnlichen Höhen bewegt.

Frau Bertram und Frau Funk-Pernitzsch bedanken sich bei Herrn Runge für die sehr gute Darstellung und Erklärung der Neuerungen.

Nach kurzer Aussprache ergeht folgender Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Alfeld (Leine):

„Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) nimmt die Gebührenbedarfsberechnung 2020 für den Bereich Straßenreinigung zur Kenntnis und beschließt den in Anlage 2 beigefügten Entwurf der Gebührensatzung für die Straßenreinigung der Stadt Alfeld (Leine) (Straßenreinigungsgebührensatzung) als Satzung.“

-einstimmig-

5. Zehnte Nachtragssatzung zur Abwasserbeseitigungsabgabensatzung Vorlage: 304/XVIII

Herr Runge erläutert, dass die Schmutzwasserbeseitigung in der Nachkalkulation 2018 mit einer Überdeckung i.H.v. 214.750,80 € abgeschlossen hat. Auch die Nachkalkulation der Niederschlagswasserbeseitigungsgebühr wies eine Überdeckung i.H.v. 64.091,63 € aus. Die Betriebsabrechnung 2018 wurde bereits am 30.10.2019 im Bau- und Grundeigentumsausschuss detailliert vorgestellt.

Von der Verwaltung werden für das Kalkulationsjahr 2020 folgende Gebührensätze vorgeschlagen:

- Schmutzwasserbeseitigung 2,63 €/m³
- Niederschlagswasserbeseitigung 0,28 €/m³

Das Ergebnis der Nachkalkulation 2018 soll jeweils zu 33% je Einrichtung in den Gebührenbedarfsberechnungen 2020 Berücksichtigung finden.

Nach eingehender Erörterung im Finanzausschuss ergeht folgender Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Alfeld (Leine):

„Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) nimmt die Gebührenbedarfsberechnung für den Bereich Abwasserbeseitigung zur Kenntnis und beschließt die als Anlage im Entwurf beigefügte 10. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung der Abgaben für die Abwasserbeseitigung der Stadt Alfeld (Leine) – Abwasserbeseitigungsabgabensatzung vom 23.12.2008 als Satzung.“

-einstimmig-

Herr Runge teilt abschließend zu den Friedhöfen mit, dass hier für 2020 mit einem Fehlbetrag in Höhe von 274.225,86 € gerechnet würde. Dieser sei jedoch bereits geringer als im letzten Jahr, da die Einnahmen erhöht und Kosten teilweise gesenkt werden konnten. Der sich in Arbeit befindliche Friedhofsentwicklungsplan würde voraussichtlich im Jahr 2020 fertiggestellt, so dass sich für das Haushaltsjahr 2021 Veränderungen der Gebühren ergeben könnten.

6. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Stadt Alfeld (Leine) für das Haushaltsjahr 2020 und Folgejahre Vorlage: 301/XVIII

Herr Schaper spricht Punkt 77 des Haushaltssicherungskonzeptes an und meint, dass die Eigenleistungen nicht in den Ergebnishaushalt gehören.

Herr Sievers und Herr Mönkemeyer machen deutlich, dass sich dieser Konsolidierungspunkt ohnehin bei der Stadt Alfeld (Leine) nicht gravierend bemerkbar macht, weil aktivierbare Eigenleistungen nicht in nennenswertem Umfang anfallen. Herr Sievers weist darüber hinaus darauf hin, dass im Haushaltssicherungskonzept nicht nur Konsolidierungsmöglichkeiten enthalten sind, die im Ergebnishaushalt abzubilden sind, sondern auch solche, die Investitionen betreffen.

Herr Schaper spricht sodann den Punkt 78, die Innenstadtreinigung, an. Da diese zum 01.01.2020 erst eingeführt würde, könne dies eher kein Konsolidierungspunkt sein. Im vergangenen „Probejahr“ sei dies in Ordnung gewesen, könne aber nicht unbegrenzt weiter aufgeführt werden.

Frau Bertram erinnert an die von der Kommunalaufsicht aufgegebenen „Hausaufgaben“. Sie vermisst die Prognose, wann die Stadt Alfeld (Leine) mit einem ausgeglichenen Haushalt rechnen könne. Hierbei handele es sich ebenfalls um eine Forderung der Kommunalaufsicht.

Herr Sievers weist darauf hin, dass er bereits in der Vorlage Nr. 218/XVIII vom 18.10.2019 sowie in dem Vorbericht zum Haushaltsplanentwurf erwähnt habe, dass im Haushaltsjahr 2022 ein positives Ergebnis erwartet wird. Auch im Textteil des Haushaltssicherungskonzeptes habe er darauf hingewiesen. Dies sei die Planung und der tatsächliche Verlauf der Dinge sei abzuwarten.

Frau Bertram sagt, dass die Gruppe CDU/FDP ihr Votum erst in der Ratssitzung am 11.12.2019 abgeben werde.

Dieser Vorgehensweise schließen sich die übrigen Ausschussmitgliedern an.

Es ergeht mithin kein Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Alfeld (Leine).

7. Haushaltsplan 2020; mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2019 - 2023 Vorlage: 288/XVIII

7.1. Haushaltsplan 2020; mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2019 - 2023 Vorlage: 288/XVIII/1

Frau Bertram erteilt Herrn Sievers das Wort zur Vorstellung der geänderten Vorlage zum Haushalt 2020.

Zunächst stellt Herr Sievers fest, dass mittlerweile die Fachausschüsse den Haushaltsentwurf 2020 beraten hätten, ebenso wurden die Ortsräte beteiligt. Änderungen gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsentwurf seien in zwei Listen aufgeführt, die als Anlage der Beschlussvorlage beigefügt sind.

Herr Sievers führt aus, dass es im Ergebnishaushalt seit dem Beginn der Haushaltsplanberatungen gegenüber dem bisherigen Entwurf Verbesserungen gegeben habe. Einschließlich der Veränderungen, die in der heutigen Sitzung vorgelegt werden, beläuft sich das Defizit nunmehr auf rd. 918.600 Euro.

Im Finanzhaushalt bei den Investitionen waren zu Beginn der Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2021 noch rd. 1, 3 Millionen Euro im Bereich des allgemeinen Haushalts bei den kreditfinanzierten Investitionen einzusparen, um die Auflage der „Nettoneuverschuldung = 0 Euro“ zu erfüllen. Dies ist gelungen.

Herr Mönkemeyer erläutert sodann die eingangs genannten Veränderungslisten. Im Ergebnis betrage das Defizit 918.584,00 €.

Herr Beushausen weist darauf hin, dass die aktuellen Bescheide des Landkreises Hildesheim bezüglich der Personalkosten für die Kinderbetreuung noch nicht vorlägen. Hier könnte sich ggf. noch etwas ändern.

Frau Bertram gibt zu bedenken, dass zwar durch die Verschiebungen diverser Projekte die Auflage der Kommunalaufsicht für das Haushaltsjahr 2021 nun eingehalten sei, aber dennoch die finanzielle Lage der Stadt Alfeld (Leine) sehr schlecht aussähe. Es seien damit keine Probleme gelöst, sondern nur verschoben. Die Situation könne nicht zufriedenstellend sein.

Frau Bertram möchte wissen, ob die Hochwassermaterialien weiterhin in der alten Post lagern könnten.

Herr Beuhausen antwortet, dass der Pachtvertrag mit der KWG für ein Jahr abgeschlossen sei. Es würden bereits positive Gespräche zwecks Verlängerung des Vertrages geführt.

Frau Funk-Pernitzsch weist darauf hin, dass ein Verschieben einzelner Maßnahmen der Haushaltssituation geschuldet sei. Es müsse nun politisch entschieden werden, welche Maßnahmen die Stadt Alfeld (Leine) sich derzeit leisten könne.

Frau Bertram macht deutlich, dass sie von dem „Verschiebebahnhof“ nichts hält. Die Gruppe CDU/FDP wünsche sich konkrete Einsparungen wie z.B. durch ein Personalentwicklungskonzept.

Im Übrigen finde sie es nicht in Ordnung, dass die Politik erstmals aufgefordert wurde darüber zu entscheiden, welche Maßnahmen durchgeführt und welche gestrichen bzw. verschoben werden sollen. Dies könne die Politik doch gar nicht beurteilen. Sie erwarte einen Sparvorschlag der Verwaltung.

Herr Beuhausen erläutert, dass die Verwaltung nicht ohne weiteres von sich aus Maßnahmen verschieben oder streichen könne, die ursprünglich von der Politik beschlossen wurden. Die Verwaltung hat die Beschlüsse der Politik umzusetzen. Wenn dies jedoch aufgrund der finanziellen Situation nicht möglich ist, ist die Politik gefragt, wie nun verfahren werden soll.

Frau Funk-Pernitzsch unterstützt die Auffassung des Bürgermeisters. Es ist Aufgabe der Politik, zu gestalten. Wenn von dort Fragen zu bestimmten Dingen bzw. Veranschlagungen bestehen, gibt es die Möglichkeit, sich jederzeit Auskünfte in der Verwaltung zu holen, um sich ein Bild machen bzw. sich eine Meinung bilden zu können.

Bevor eine Beschlussempfehlung bezüglich des Haushaltes 2020 abgegeben wird, ist über die Anträge der Gruppe CDU/FDP zu beraten, wirft Herr Sievers ein.

Baugebiet Königsruh

Frau Bertram nimmt auf den im Stadtentwicklungsausschuss zurückgestellten Antrag der Gruppe CDU/FDP wegen der Baulanderschließung mit privaten Partnern Bezug. Die Gruppe habe Kontakt zu privaten Partnern wegen der Baulanderschließung und Vermarktung aufgenommen.

Danach sei das Gebiet keinesfalls zu klein und der Zeitpunkt für eine Zusammenarbeit auch nicht zu spät. Durch private Partner bestünde aber vielleicht die Möglichkeit, den städtischen Haushalt zu entlasten.

Herr Stellmacher macht deutlich, dass die Maßnahme bereits zu weit fortgeschritten sei. Die Einzelheiten seien bereits mit den Kleingärtnern abgesprochen und die Parzellen würden in Kürze geräumt, so dass mit der Erschließung begonnen werden könne. Wenn man jetzt zurückrudere mache man sich unglaublich und hätte die bisherigen Kosten vergebens ausgegeben. Man würde wieder von vorn beginnen und somit jede Menge Zeit verlieren. Für künftige Projekte könne man den Vorschlag gern aufgreifen, jedoch für das aktuelle Projekt käme diese Idee zu spät. Außerdem dürfe man nicht außer Acht lassen, dass die Privatunternehmen dabei eine Rendite erwirtschaften wollen. Die Grundstücke würden mithin für die Erwerber erheblich teurer werden. Im Übrigen habe er den Eindruck, die CDU/FDP wolle nur Störfeuer legen, auch in Hinblick auf den Artikel in der Alfelder Zeitung.

Frau Bertram weist dies von sich. Man wolle keinesfalls Störfeuerlegen, sondern sei aufgefordert Vorschläge zu unterbreiten, wie Einsparungen erzielt bzw. Einnahmen erhöht werden könnten. Ihrer Gruppe geht es um einen Prüfauftrag an die Verwaltung.

Herr Beushausen weist Frau Bertram als Ausschussvorsitzende hinsichtlich der Neutralität auf die Geschäftsordnung hin.

Frau Bertram gibt daher vorübergehend den Vorsitz an Herrn Klossek ab.

Herr Beushausen teilt Herrn Stellmachers Auffassung und erklärt, dass künftig bei Erschließung eines neuen Baugebietes die Einbeziehung von privaten Partnern berücksichtigt werden sollte. Ursprungsgedanke sei jedoch gewesen, so schnell wie möglich kostengünstige Grundstücke anzubieten. Von daher sei es nicht sinnvoll, jetzt noch einmal von vorn zu beginnen.

Er weist auch darauf hin, dass im Fall einer Beteiligung von Privaten unter Umständen eine GmbH gegründet werden müsse. Der Quadratmeterpreis würde dann mit Sicherheit höher sein, als wenn die Stadt selbst die Vermarktung vornehmen würde.

Auch Frau Funk-Pernitzsch ist der Auffassung, da die Angelegenheit schon so weit gediehen sei, es unsinnig sei, wieder von vorn zu beginnen. Die bisher entstandenen Kosten seien dann „verbrannt“.

Herr Gravilli schließt sich dieser Meinung an und weist darauf hin, dass seiner Erfahrung nach keine bürgerfreundlichen Kaufpreise erzielt werden würden, da die entsprechenden Unternehmen selbstverständlich Gewinn erzielen möchten.

Herr Beushausen erwähnt darüber hinaus, dass bisher weder die Volksbank noch die Sparkasse in dieser Angelegenheit Kontakt zu ihm aufgenommen hätten. Zum jetzigen Zeitpunkt seien Verhandlungen auch nicht mehr sinnvoll. Bei der Erschließung weiterer Baugebiete werde diese Möglichkeit entsprechend geprüft.

Die Verwaltung bittet, den jetzigen Antrag zurückzunehmen.

Nach kurzer Erörterung wird sich dafür ausgesprochen, den Antrag nicht weiter zu verfolgen, aber für künftige Bauerschließungen zu prüfen.

Antrag auf Änderung der Hauptsatzung gem. § 12 NKomVG

Frau Bertram nimmt auf den Antrag auf Änderung der Hauptsatzung gem. § 12 Abs. 2 NKomVG der Gruppe CDU/FDP vom heutigen Tage Bezug und erklärt, dass Hintergrund dieses Antrages das Ausscheiden des Ersten Stadtrates, Herrn Brinckmann, im nächsten Jahr sei. Ihre Fraktion möchte aufgrund der sinkenden Einwohnerzahl die Stelle des Wahlbeamten als allgemeinen

Vertreter des Bürgermeisters nicht wiederbesetzen um diese Personalkosten zu sparen. Für eine schrumpfende Stadt wie Alfeld seien Personalkosten in Höhe von 12 Millionen viel zu viel. Das Personal müsse verschlankt werden. Die Aufgaben des Wahlbeamten sollten die verbleibenden Dezernenten übernehmen. Für die ersatzlose Streichung dieser Stelle ist jedoch die Änderung der Hauptsatzung der Stadt Alfeld (Leine) erforderlich.

Herr Beushausen sagt, dass eine Reduzierung von bislang drei auf zwei Dezernate durchaus möglich sei. Dabei weist er darauf hin, dass auch der derzeitige Erste Stadtrat Dezernent mit zu bewältigenden Aufgaben sei.

Anhand eines Schaubildes zeigt Herr Beushausen auf, dass sich bei einer Neuverteilung der Aufgaben der Allgemeinen Stellvertretung aufgrund der beamtenrechtlichen Vorschriften eine Beförderung für denjenigen der beiden verbleibenden Dezernenten ergibt, der diese Aufgabe übernimmt. Beim Baudezernenten wäre das eine Ausweisung seiner Stelle künftig nach Besoldungsgruppe A 16, beim Finanzdezernenten künftig nach A 15. Hinzu kommt, dass derjenige Dezernent, der die Aufgabe des allgemeinen Vertreters übernimmt, dann entsprechend weniger Zeit für seine bisherigen Aufgaben hat. Dadurch müsse in seinem Bereich dann eine zusätzlich Kraft eingestellt oder eine vorhandene Kraft unterstützend tätig werden, was aber im letzteren Fall ebenfalls eine höhere Einstufung nach sich ziehen würde.

Herr Beushausen hält daher den Vorschlag nicht für sinnvoll.

Herr Stellmacher ergänzt, dass die Einwohnerzahl zwar gesunken sei, aber die zu erledigenden Arbeiten nicht weniger geworden seien, weil z.B. das Kanalnetz und auch das Straßennetz nicht kleiner geworden seien.

Auch Herr Sievers macht für sein Dezernat deutlich, dass eine gesunkene Einwohnerzahl keinesfalls weniger Arbeit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeutet. Er nennt als Beispiele die Einführung der „getrennten Gebühr“, der Winterdienstgebühr und die Gebühr für die Innenstadtreinigung.

Frau Bertram verweist noch einmal auf die Gesamtpersonalkosten in Höhe von 12 Millionen Euro. Diese seien für eine Stadt wie Alfeld viel zu hoch. Eine Entwicklungsstrategie sei dringend erforderlich.

Herr Beushausen bestätigt, dass die Stadt insoweit eine neue Struktur bräuchte und diese durch den Generationswechsel im Personalstand in Kürze anstünde. Er werde zur gegebenen Zeit entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Abschließend weist er darauf hin, dass dieses Thema nicht in den Finanzausschuss gehöre.

Der vorgenannte Antrag werde daher im Verwaltungsausschuss erneut gestellt, teilt Frau Bertram mit.

Frau Bertram übernimmt wieder den Vorsitz des Ausschusses.

Nach ausgiebiger kontroverser Diskussion ergeht kein Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Alfeld (Leine) bezüglich des Haushaltes 2020 im Finanzausschuss. Änderungen an dem vorgelegten Entwurf ergeben sich allerdings ebenfalls nicht.

8. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Beushausen teilt mit, dass sich die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Hi-Reg neu aufstellen will. Die Gesamtsumme beläuft sich voraussichtlich auf ca. 15.510 €. Die Beträge der einzelnen Kommunen werden neu berechnet.

Herr Stellmacher informiert über erforderliche Maßnahmen an der Holzbrücke in der Kalandstraße. Die Brücke sei leider nicht mehr verkehrssicher und es müsse ein fester Zaun installiert

werden. Bei der Maßnahme handele es sich um ein Geschäft der lfd. Verwaltung. Die zu erwartenden Kosten würden ca. 15.000 € betragen.

9. Anfragen

-keine-

Frau Bertram schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanzausschusses um 19:54 Uhr.

Vorsitzende

Aufgenommen

Bürgermeister

(Bertram)

(Meyer)

(Beushausen)